Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1½sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 60. Dienstag den 13. März. 1849.

Bekanntmachung.

Nach Artikel 46. der allgemeinen Wechselordnung für Deutschland (Gesetzsammlung vom Jahre 1849, S. 49) soll der Nachweis der dem Vormanne rechtzeitig gegebenen schriftlichen Benachrichtigung durch ein Postattest, daß ein Brief von dem Betheiligten an den Adressaten an dem angegebenen Tage abgesandt worden ist, geführt werden können.

Da dergleichen Atteste von den Preußischen Postbehörden nur bei recommandirten Briefen ertheilt werden können, so wird das betheiligte Publicum darauf aufmerksam gemacht, daß der Absender, welcher sich jenen Nachweis durch ein Postattest sichern will, den Brief recommandiren muß.

Berlin, den 7. März 1849.

General-Postamt.

Inland.

Berlin, den 12. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem katholischen Geistlichen, Pfarr-Dechanten Winkelbey zu Ahlen, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Se. Excellenz der General-Lieutenant, General-Adjutant Sr. Majestät des Königs und Commandeur der 14. Division, Freiherr von Canitz und Dallwitz, ist von Düsseldorf, und der Präsident des Konsistoriums der Provinz Schlesien, von Uechtritz, von Breslau hier angekommen. — Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister bei den Großherzoglich mecklenburgischen Höfen und bei den freien Hansestädten, von Hänlein, ist nach Hamburg abgereist.

Berlin, den 8. März. Den Kammern ist von dem Ministerium eine Denkschrift über den Berliner Belagerungszustand mitgetheilt worden, aus der wir Folgendes entnehmen:

Das Staats-Ministerium hat die Stimmen nicht überhört, welche den Zweck des Belagerungs-Zustandes für erfüllt und die Aufhebung desselben für zeitgemäß halten. Es hat, eingedenk der Verpflichtung, die Dauer dieser Maßregel nicht über die äußerste Nothwendigkeit zu verlängern, stets von neuem mit Gewissenhaftigkeit sich die Frage vorgelegt, ob und in wieweit der öffentliche Zustand die Aufhebung gestatte; aber, obwohl jede mögliche Milderung eingetreten ist, so verbieten es doch Gründe der gewichtigsten Art, schon jetzt der Bevölkerung der Hauptstadt den Schutz gegen die Wiederholung der anarchischen Zustände ganz zu entziehen, welche durch eine achtmonatliche Dauer nur zu tiefe Wurzeln geschlagen haben. Erst wenn ein solcher Schutz durch entsprechende Gesetze ertheilt oder durch die Stimmung der Bevölkerung gewährleistet ist, kann die Beseitigung eines Ausnahme-Zustandes gerechtfertigt erscheinen, welcher einstweilen das einzige Mittel bleibt, der wuchernden Unordnung Halt zu gebieten. Leider treten die Merkmale noch nicht wiedergekehrter Besonnenheit nur zu deutlich hervor. Dem Verbote entgegen, haben die politischen Vereine der gefährlichsten Färbung nicht aufgehört, als solche ihre Wirksamkeit zu äußern und einzelne Schichten der Bevölkerung in einer Spannung erhalten, welche sich bei jeder irgend dargebotenen Gelegenheit, selbst jetzt, in offener Widersetzlichkeit Luft zu machen suchen. Ja, es liegen dem Staats-Ministerium Thatsachen der bedrohlichsten Art vor, welche gegenwärtig, theils weil sie Gegenstand gerichtlicher Untersuchung sind, theils weil Rücksichten des Staatswohls entgegenstehen, noch nicht veröffentlicht werden können. „Nur so viel mag angedeutet werden, daß zuverlässiger Nachricht zufolge die Fäden der Partei-Bestrebungen, welche dem Bestand der Monarchie Gefahr drohen, in Berlin zusammenlaufen." Entfesselt man sie hier, bevor die öffentliche Ordnung ausreichende Garantie erhalten hat, so entwaffnet man die Regierung gegen die Feinde der Gesellschaft, so willigt man in Wiederkehr der trostlosen Zustände des verwichenen Jahres und giebt die Mitglieder der Kammern und ihre Berathungen den Unbilden preis, welche die National-Versammlung im vorigen Jahre zu bestehen hatte. — In richtiger Schätzung dieser Gefahren sind dem Staats-Ministerium aus der Hauptstadt selbst, wie aus vielen Theilen des Landes, zahlreiche Eingaben zugegangen, worin die Fortdauer des Belagerungszustandes dringend befürwortet wird. Es wird darin an die traurige Erfahrung erinnert, daß jede politische Bewegung, jeder Aufruhr des Auslandes alsbald Widerhall und Nachahmung in Berlin finden; es wird darin durch wohlunterrichtete Männer darauf hingewiesen, daß die Brennpunkte einer weit bis ins Ausland verzweigten Conspiration mit Berlin durch Eisenbahnen zusammenhängen, und daß die zum Aeußersten entschlossenen Führer dieser Bewegung nur die Aufhebung des Belagerungszustandes erwarten, um ihre scheinbare Ruhe mit einer unheilvollen Thätigkeit zu vertauschen. — Das Staats-Ministerium glaubt sich der zuversichtlichen Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die Kammern den Gründen, aus welchen die einstweilige Fortdauer des Belagerungszustandes noch für nöthig erachtet wird, ihre Anerkennung nicht versagen werden. Berlin, den 8. März 1849. Das Staats-Ministerium.

CC Berlin, den 9. März. Bei der gestrigen Parade soll vorzüglich das 9. Regiment durch seine vortreffliche Haltung sich ausgezeichnet und das besondere Wohlgefallen des Königs erregt haben. Ein lebhaftes Hurrah, das vom Publikum bei der Parade dem vorbeimarschirenden 24. Regimente gebracht wurde, hat man unmittelbar nachher dahin ausgebeutet, daß man ausbreitete das Hurrah habe den demokratischen Gesinnungen in diesem Regimente gegolten, weshalb der König auch sogleich die Verlegung des Reg. befohlen habe. Beides ist nicht wahr; die Berliner haben das Regiment begrüßt, wie sie es aus den Zeiten vor der Demokratie immer gethan haben, weil die Mehrzahl des Regiments sogenannte Berliner Kinder sind, und der König weiß das eben sowohl, wie die Berliner selbst, aber unsere Demokratie, der alle Nahrung abzugehen droht, hascht nach allem, es mag so windig sein, wie es immer will. — Ein hiesiger Banquier wird sich auf eine eigenthümliche Weise an der Goldsucherei in Kalifornien betheiligen. Er hat nämlich für 4000 Rthlr. Kalauer Stiefel gekauft, um sie an die dortigen Goldfinder mit gutem Gewinn wieder zu verkaufen. — Nicht allein vom Reichsministerio in Frankreich, sondern auch von der Französischen Regierung sind unserer Regierung Mittheilungen gemacht, welche wichtige Enthüllungen über weit verzweigte, höchst gefährliche demokratische Verschwörungen machen. Mit diesen Verschwörungen sollen die Ausweisungen aus Frankreich und vielfache Verhaftungen daselbst im Zusammenhange stehen.

Berlin, den 9. März. Die bereits mehrfach angedeutete geistige Trennung der großen Oppositionspartei der Konversationshalle ist gestern Abend endlich auch zu einer räumlichen geworden. Von der äußersten Linken unter Temme-Waldeck hat sich eine Linke abgezweigt und im Hotel Mielentz etablirt, als deren Führer die Herren Rodbertus, Unruh, Kirchmann, Berg und Phillips anzusehen sind. Diese zwar vorausgesehene, aber doch so schnell nicht erwartete Trennung überraschte so stark, daß die in der Konversationshalle zurückgebliebenen Mitglieder zu einer Sitzung nicht mehr gelangten. Eine Zählung derselben ergab 99 Personen. Vor ihrer Trennung von der äußersten Linken hat die neue Partei des Mielentz-Hotel noch die Versicherung gegeben, daß sie dennoch mit der äußersten Linken künftig in allen Hauptfragen so viel wie möglich Hand in Hand gehen wolle, was uns indeß ziemlich unausführbar bedünken will. Außerdem soll man die Absicht haben, sich wöchentlich einmal, und zwar des Sonnabends, gemeinschaftlich zu versammeln.

Berlin, den 10. März. Die Commission der zweiten Kammer zur Entwerfung eines Geschäfts-Reglements ist in ihren Arbeiten schon so weit vorgerückt, daß sie im Stande sein wird, den Entwurf in künftiger Woche vorzulegen. Obschon die Linke in der Commission nicht in der Majorität war, so ist der Entwurf doch für sie nicht verletzend, die Herren v. Auerswald und Grodbeck unterstützen alle billigen Forderungen derselben.

— Nach der vorläufigen Geschäftsordnung für die Kammern ist das Geschäftsverhältniß derselben unter sich und zur Staatsregierung folgendes: Gesetzesvorlagen werden nach erfolgter Beschlußnahme von derjenigen Kammer, bei welcher solche zuerst eingebracht sind, der andern Kammer mitgetheilt. Nimmt die letztere den Gesetzesvorschlag unverändert an, so wird derselbe von dieser Kammer dem Minister-Präsidenten eingereicht und die Kammer, von welcher die Mittheilung ausgegangen ist, hiervon benachrichtigt. Wird dagegen die Gesetzvorlage nur mit Aenderungen angenommen, so geht dieselbe an diejenige Kammer zurück, in welcher die Vorlage zuerst berathen worden ist. Diese Mittheilung wird gegenseitig fortgesetzt, bis über die Abänderungen eine Einigung erfolgt ist. Wenn eine von der Regierung ausgehende Gesetzesvorlage von der Kammer abgelehnt wird, so benachrichtigt sie den Ministerpräsidenten davon, mit dem Anheimstellen der nochmaligen Erwägung. Wird dagegen eine von einer Kammer ausgehende Gesetzesvorlage in der andern Kammer abgelehnt, so wird hiervon nur der ersteren Nachricht gegeben. Alle Mittheilungen zwischen den Kammern und von den Kammern an die Regierung erfolgen durch die Kammer-Präsidenten.

— Der Graf Plessen, welcher am Abend des 26sten v. M. dem Grafen Arnim die Aufkündigung des Malmöer Waffenstillstandes in einer bezüglichen Note überbrachte, befindet sich noch hier, und wird auch noch längere Zeit verweilen.. Er hat von seiner Regierung eine doppelte Mission erhalten, deren eine erst erledigt ward. Besondere Instruktionen weisen ihn an, gleich nach der Uebergabe der erwähnten Note mit dem Preußischen Kabinet definitive Friedens-Unterhandlungen einzuleiten oder vielmehr die bereits begonnen fortzuführen. Die Deutsch-Dänische Angelegenheit wird daher nicht nur in London, sondern auch in Berlin ihrer endlichen Lösung entgegengeführt. Dies erhellt auch aus der Note selbst, welche mit eigenthümlicher lakonischer Kürze verfaßt ist. Sie enthält nur die wenigen Worte, daß Se. Majestät der König von Dänemark es nicht für räthlich halte, den Waffenstillstand von Malmöe zu erneuern, welcher daher um Mitternacht des 26. März seine Wirkung verliere. Von zu erneuernden Feindseligkeiten oder kriegerischen Eventualitäten wird keine Silbe gesagt.

— Auf offiziellem Wege ist der Regierung die Mittheilung geworden, daß man in verschiedenen Französischen Städten ein paar Hundert falscher Pässe aufgefangen hat, welche sämmtlich nach Berlin dirigirt warrn.

— In die Central-Commission der ersten Kammer sind folgende in den Abtheilungen gewählte Referenten eingetreten: Geh. Rath Brüggemann, Geh. R. Simons, Justizrath Robe, Kammergerichts-Rath Goltdammer, Präsident v. Forkenbeck. — Den Abg. beider Kammern wurde gestern ein gedrucktes Memoire des Herrn v. Bülow-Cummerow, „die Grundsteuer und Vorschläge zu ihrer Ausgleichung", übergeben. Dasselbe soll über die Grundsteuerfrage, im Prinzip und in ihrer Anwendung, eine gründliche Untersuchung abgeben.

— Die Reorganisation der Bürgerwehr soll mit dem 1. April bestimmt statthaben. Zur Regulirung dieser Angelegenheit ist eine gemischte Kommission aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten niedergesetzt. — Die Demokratie geht damit um für ihre Partei ein Organ nach dem Maaße der konstitutionellen Zeitung zu gründen auf Aktien, zu deren Zeichnung durch ganz Deutschland aufgefordert werden soll. — Julius Curtius, der langjährige Mitredakteur der Spenerschen Zeitung, zuletzt Mitarbeiter der Berliner Zeitung ist in verflossener Nacht vom Schlage tödlich getroffen. — Der ehemalige Preußische Consul in Jassy Fr. v. Richthofen hat vom Ministerio den Auftrag erhalten, nach Rücksprache mit der Kaufmannschaft von Stettin, Hamburg u. s. w. eine Reise nach Spanien und Portugal, so wie nach den Kolonien dieser Staaten zu unternehmen, um neue Handelsverbindungen vorzubereiten und anzuknüpfen.

— Graf Taczanowski, der sich mit seiner Gemahlin hier aufhielt, ist kürzlich ausgewiesen worden. Da alle Remonstrationen dieses Herrn die polizeiliche Maßregel nicht rückgängig zu machen vermochten, so nahm derselbe, da er nicht bloß im Großherzogthum Posen, sondern auch in Russisch-Polen mit Gütern angesessen ist, den Schutz des Russischen Gesandten in Anspruch, der sich auch wirksam genuch erwies, um den fernern Aufenthalt des Schützlings in Berlin zu erwirken.

— In der zweiten Kammer steht ein Antrag des Herrn Phillips bevor, welcher nächstens auf die Tagesordnung gelangt, des Inhalts:

> daß jedem Abgeordneten bis 50 Exemplare der stenographischen Berichte zugetheilt werden.

Motiv: die Stillung der Ur- und Wahlmänner-Sehnsucht.

Es hat nun ein calculatorisches Mitglied der Versammlung folgendes Exempel aufgestellt:

Zahl der Abgeordneten 2. Kammer 350
1. „ 180
530
Für jeden 50 Exemplare,
macht täglich 26,500 Exemplare.
In 5 Monaten hält die 2. Kammer 100
und die erste 100
zusammen 200 Sitzungen.
Jeder Sitzungsbericht . . . . 2 Bogen
sind 400 Bogen,
giebt auf 26,500 Exemplare 10,600,000

Bogen, und den Bogen zu $4\frac{1}{2}$ Pf. gerechnet: 132,500 Thaler. Das ist die wohlfeile Arzenei, welche die sparsame Linke der Sehnsucht, also zum Stillen der unruhigen Kinder, verschreibt.

Breslau, den 10. März. Die gestrige und heutige Wiener Post ist bis heute Nachmittag ausgeblieben.

Dresden, den 7. März. In dem sechsten Stück des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen sind die Deutschen Grundrechte wirklich publizirt. Am Schlusse heißt es:

> Dem Vorstehenden Gesetze, von dem jedoch §. 3. und 4. des Art. 1. der Grundrechte des Deutschen Volkes nur denjenigen Deutschen Staaten gegenüber in Gültigkeit treten, in denen die Grundrechte des Deutschen Volkes ebenfalls zur Geltung gelangen, ist gebührend nachzugehen. Unsere Ministerien, ein jedes in seinem Wirkungskreise, werden mit der Ausführung hierdurch beauftragt.

Altenburg, den 8. März. Der Bürgerverein hat in seiner letzten Sitzung die Erlassung einer Adresse an die Frankfurter National-Versammlung beschlossen, in welcher 1) um Beschleunigung der zweiten Lesung der Reichsverfassung gebeten, 2) gegen alle Vereinbarungs-Versuche der Deutschen Regierungen mit der National-Versammlung protestirt und 3) der Ausschluß der Oesterreichischen Abgeordneten aus der National-Versammlung vor der zweiten Lesung der Verfassung gefordert wird.

Augsburg, den 7. März. Der gestrige Tag der Erinnerung an die nach Scenen voll stürmischer drohender Aufregung erfolgten großen Zusagen, mit denen damals Baiern den übrigen Deutschen Staaten voranging — der Tag der Verleihung vollständiger Preßfreiheit ward von unserer Stadt festlich begangen,

obgleich auch hier die Stimmung eher eine gedrückte ist, da bis jetzt von jenen Hoffnungen so wenig in Erfüllung gegangen, und es so zweifelhaft erscheint, was die nächste Zukunft bringen werde. In Stunden wie die gestrigen aber zieht ein dunkles Gefühl durch das Volk, daß das anders werden müsse, daß die Täuschung nicht eine bleibende sein dürfe. Der Deutsche Verein, der Arbeiterbildungs- und der Gewerbsverein, so wie die Liedertafeln, hatten sich zu einem großen Fackelzug verbunden. Eine unabsehbare Reihe von mehr als zweitausend Fackelträgern, voran drei Deutsche Fahnen und einige Musikchöre, bewegte sich durch die mit Menschenmassen erfüllten Straßen der Stadt nach einem nahen Wiesenplan, wo aus dem von den Fackeln gebildeten mächtigen Flammenkreise zuerst Arndts Lied erschallte, dem einigen Deutschland ein tausendstimmiges Hoch gebracht, und von den Gesangvereinen das dem feierlichen Augenblick gewidmete Festlied gesungen wurde. (Die Zeitungen enthalten auch aus andern Städten und Gegenden Süddeutschlands Berichte über die Jahresfeier der Erhebung Deutschlands im März des vorigen Jahres.)

Hannover, den 8. März. Die Demonstration zu Gunsten des Ministeriums hat so eben stattgefunden und ist, wie von der deutschen Gesinnung der Hannoveraner nicht anders zu erwarten war, ausgefallen. Schon um 1 Uhr war eine Menge Volks vor dem Rathhause versammelt, die die spärlich die Rathhaustreppe Hinansteigenden mit unlieblichen Tönen empfingen. Um 2 Uhr zogen circa 100 bis 150 Männer, die Deputation an der Spitze, vor's Schloß, wo ein Musikkorps aufgestellt war. Die versammelte Volksmenge aber brachte der Nationalversammlung, den Grundrechten und ihren Vertheidigern in den hannoverschen Kammern Lebehochs aus. Ein Bataillon Bürgerwehr hält die Umgebung des Schlosses besetzt, wo aus vollem Herzen noch jetzt (3 Uhr) „Was ist des Deutschen Vaterland" gesungen wird.

Ulm, den 4. März. Heute Vormittag wurden hier von dem Rathhause herab, durch den Stadtschultheißen Schuster, die Grundrechte verkündigt in Gegenwart der zahlreich ausgerückten Bürgerwehr, und von dem herrlichsten Wetter begünstigt.

München, den 5. März. So eben erfährt man die Zusammensetzung des neuen Ministeriums, welche morgen den Kammern offiziell verkündigt werden wird. Die Namen sind: Staatsrath Voltz, bekanntlich jetzt vorm Jahr schon einmal im Ministerium, Minister des Innern; Kleinschrod für die Justiz; Ringelmann für das wiederum hergestellte Ministerium des Kultus. Die übrigen Mitglieder des bisherigen Ministeriums verbleiben in ihren Stellungen.

Frankfurt a. M., den 8. März. Die Revision des Verfassungs-Entwurfs ist gestern in der Mitte des Ausschusses beendet worden. Die Majorität (13 gegen 11) hat sich für die Erblichkeit des Reichs-Oberhauptes entschieden. Herr M. v. Gagern, der schon bei der ersten Lesung für diese gestimmt hatte, war abwesend. Das Direktorium ist mit 17 Stimmen gegen 7 verworfen worden. Wir erwarten und hoffen, daß die Versammlung, daß Deutschland dieselbe Entscheidung zwischen Bundestag (Direktorium) und Erbmonarchie (denn nur zwischen diesen ist zu wählen) in gleicher Weise und mit weit stärkeren Majoritäten treffen werden. Auf die Bedenken der einzelnen Regierungen ist bei dieser neuen Durchsicht der ersten Lesung vom Ausschuß die gebührende Rücksicht genommen und ihnen in mehreren nicht unwichtigen Punkten nachgegeben worden. Für die Bildung des Staatenhauses ist den kleineren Staaten die Konzession gemacht, daß jeder derselben mindestens ein Mitglied in dasselbe zu senden habe. In Betreff der dem Reiche zustehenden Kriegsgewalt hat der Ausschuß vielleicht zu viel nachgegeben, indem er die Ernennung der Generale den einzelnen Regierungen ganz überlassen will.

Wien, den 8. März. Unmittelbar nach Auflösung des Reichstages in Kremsier — nur durch Anschlag des Manifestes, ohne jede andere Förmlichkeit — sind die Abgeordneten Fischhof und Graf Prato verhaftet, unter starker Bedeckung hierher gebracht und dem Kriminalgericht übergeben worden. Einigen andern — man nennt Goldmark, Kudlich, auch Löhner — soll die Flucht gelungen sein. Als den am schwersten Kompromittirten bezeichnet man Violand, in dessen Wohnung man eine Correspondenz mit Kossuth und dem Kabinet Karl Alberts gefunden haben soll, und diese Correspondenz allein soll Prato, Fischhof und Löhner graviren. — Die Herren Somaruga, Heckscher und Hermann weilen noch hier. In schwer gedrückter Stimmung mußten sie gestern den Schlag der Verfassung fühlen, die ihre Pläne vollkommen zerreißt. — Heut ist eine Depesche an Schmerling abgegangen, die in Deutschland hohes Aufsehen machen wird. — Nachschrift. Eben höre ich noch, daß Löhner und Goldmark*) eingebracht worden seien. (Schles. Ztg.)

— Bereits in der Nacht vom 6. zum 7. März marschirten Soldaten über Hullein nach Kremsier, um nöthigenfalls die Auflösung des Reichstages mit den Waffen zu bewirken. Dabei sollen die Abgeordneten: Borrosch, Füster, Löhner, Violand, Kudlich und Schuselka sogleich verhaftet worden sein, Goldmark entkam durch Flucht. — Das Grundgericht der Alservorstadt sichert in einer „Kundmachung" im Einverständnisse mit den Bewohnern dieser Vorstadt demjenigen 1000 Fl. C.-M. zu, welcher einen Meuchelmörder auf frischer That ertappt, so wie 300 Fl. C.-M. einem jeden, der einen begründeten Verdacht zu erheben im Stande ist. — Freudige Siegeskunde aus Ungarn fliegt heute durch die Stadt. Die k. k. Truppen sollen bereits in Debreczin eingezogen, Kossuth verschwunden, ein großer Theil seines Anhanges aber theils in Debreczin, theils auf der Flucht verhaftet worden sein. Der Bestätigung dieser Nachrichten durch ein Armee-Bülletin sieht man noch entgegen. (Schles. Ztg.)

*) Dr. Goldmark ist bereits in Breslau eingetroffen. Zu gleicher Zeit sind aus Wien der Advokat v. Mühlfeld, Ministerialrath Becher und Dr. Helm in Breslau angelangt. (Die Red. der Schl. Ztg)

— Die sämmtlichen ortsobrigkeitlichen Bezirke sind auf Befehl des Ministeriums des Innern in Kenntniß gesetzt worden, daß der Demokratenverein zu Halle Emissäre nach Oesterreich zu senden gedenkt, um eine neue Bewegung hervorzurufen. Als solche Emissäre, deren Verhaftung im Betretungsfalle angeordnet wird, werden besonders bezeichnet: Dr. Giskra, Giralt, Hoyoll, Dr. Herzfeld u. a. — Mehrere provisorische Gesetze, welche bereits vollendet im Ministerrathe zur Berathung gekommen sind, besonders das Nationalgarde- und Preßgesetz dürften schon im Laufe der nächsten Woche erscheinen. In dem Preßgesetze soll für politische Journale eine Caution von 10,000 Fl. C.-M. bestimmt sein. — Der Erzherzog Reichsverweser soll die, dem Gemeinderathe der Stadt Grätz gemachte Hoffnung, bald in Grätz einzutreffen, in Erfüllung bringen und entschlossen sein, nach vollständiger Herstellung seiner Gesundheit den Aufenthalt in Grätz zu nehmen, weshalb auch die dortigen erzherzoglichen Gemächer bereits vorgerichtet werden. — Die von Kremsier hier angekommenen Deputirten schildern den Eindruck der Schließung des Reichstags als unheimlich. Am 6. um 9 Uhr Abends war der Minister des Innern Graf Stadion plötzlich in Kremsier eingetroffen. Um 10 Uhr Nachts wurden mehrere Diener mit Namenslisten von Deputirten ausgesandt, welche schleunigst zu einer Berathung geladen wurden. Darunter waren: Pinkas, Brauner, Palacky, Strobach, Leop. und Jos. Neumann, Neuwall, Gredler, Haßlwanter, Straßer, Thiemann, Jachimowicz, Petranovich, Cajet, Mayer, Lasser, Zwickle, Streit, Ullepitsch, Hornbostl u. m. a., theils der Rechten, theils dem Centrum angehörig. Vermuthungen aller Art knüpften sich an diese in so später Nachtstunde veranlaßte Einberufung dieser Abgeordneten. Um halb 1 Uhr nach Mitternacht war die Berathung noch nicht zu Ende. In derselben Nacht rückten 3 Bataillone von Olmütz ein. Am frühen Morgen waren alle Straßen besetzt, und Niemand wurde mehr aus der Stadt gelassen.

— Man spricht von einem sehr strengen Repressiv-Gesetze gegen die Presse, welches auf Grund der französischen September-Gesetze abgefaßt sein soll. Auch wird versichert, daß die Aufhebung der Slowanska Lipa in Prag beschlossen sei, und daß bei ernstlichen Anzeigen von Unruhen daselbst der Belagerungszustand über diese Stadt verhängt werden soll.

Pesth, den 4. März. Das bei Salzburg erbeutete Siegel Bem's ist ein merkwürdiges Document zur Geschichte der Märzrevolution. Man sieht in diesem Petschaft die vereinigten Wappen von Ungarn und Polen, das Auge Gottes als Emblem der Vorsehung und eine Ungar. Randschrift, die im Deutschen etwa lautet: Oberanführer der Magyarischen Armee, erste Polnische Legion." Braucht es einen weitern Beweis, daß das Endziel der Rebellen die Stiftung eines großen sarmatisch-magyarischen Reichs sei, darin sich vielleicht Kossuth die Rolle des großen Ludwig vorbehält.

Hermannstadt, den 20. Febr. Am 16. d. M. ist der Feind in Schäßburg eingezogen, und so ist außer Hermannstandt und Kronstadt das ganze Sachsenland dem Feinde verfallen. Nur Leschkirch und Großschenk — die kleinsten unter den Sächsischen Stühlen — sind noch verschont.

Krakau, den 8. März. Durch Wiener Blätter ging seit einigen Tagen das Gerücht von einem neuen Bombardement, das über die Stadt ergangen sei. Die Nachrichten waren übertrieben. Heute geben wir einen Auszug aus einem offiziellen Bericht von Krakau am 26. Febr. Gestern bewies der hiesige Pöbel seine Zügellosigkeit in vollem Maße. Eine ungewöhnliche Masse von Menschen sammelte sich auf dem Ringplatze. Es war um die dritte Nachmittagsstunde, als eine Abtheilung Militär durch die Stadt zog und aus der Mitte der Volksmenge mehrere Pfiffe hörbar wurden; man sandte sogleich verstärkte Patrouillen, aber auch diese wurden auf gleiche Weise geneckt, verhöhnt und von mehreren Seiten mit Steinwürfen angefallen, ein Soldat sogar rückwärts überwältigt. Die Patrouille machte hierauf von ihrer Feuerwaffe Gebrauch, und nach einigen Schüssen war man durch die Flucht des Pöbels aller Belästigung entledigt. — Die Patrouillen haben in ihrer Dienstleistung Individuen arretirt, welche den Militärgesetzen unterzogen werden. Daß diese Demonstration eine kommunistische Tendenz habe, scheinen die Bürger Krakau's, welche sich jetzt nach Ruhe sehnen, wohl zu fühlen, und willfährig tragen sich dieselben dem Sicherheitsausschusse an

Von der österreichischen Grenze, den 5. März. Siebenbürgischen Blättern und Briefen zufolge sind an die rebellischen Szekler wiederholte beschwichtigende Aufrufe abgegangen, doch ist die Pacificirung dieses kriegerischen, stockmayarischen Volkes bis jetzt durchaus nicht gelungen.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 7. März. In ihrer heutigen Sitzung setzte die National-Versammlung die Diskussion des Wahlgesetzes fort. Zu Art. 15 stellte Herr Paul Duplan den Antrag, die Dauer der National-Versammlung über den früher von dieser bestimmten Termin hinaus zu verlängern; dem Präsidenten der National-Versammlung solle die Befugniß ertheilt werden, die Promulgation des Wahlgesetzes noch um einen Monat hinauszuschieben. Der Antrag wurde jedoch verworfen. Dagegen wurde ein Amendement angenommen, welches den Schluß der Wahllisten in ganz Frankreich auf den funfzigsten Tag nach der Promulgation des Gesetzes festsetzt. Der National-Versammlung wird hierdurch ihre Existenz noch um mehr als zwei Monate verlängert. Mitten in der hierauf fortgesetzten Diskussion über das Wahlgesetz versuchte Herr Buvignier das Ministerium wegen der in Italien befolgten Politik zu interpelliren; diese Interpellation fand Widerspruch. Nach zwei zweifelhaften Abstimmungen gab endlich bei der dritten Abstimmung die Versammlung mit 367 gegen 357 Stimmen ihre Genehmigung zu derselben. Der Minister des Auswärtigen wird morgen antworten. In der weitern Diskussion des Wahlgesetzes, die ohne alles Interesse war, blieb man bei Art. 61. stehen.

— In Bourges hat der Prozeß gegen die Mai-Angeklagten ohne Störung begonnen. Mehrere Personen aus den niedern Volksklassen, die: „Es lebe Barbès!" gerufen hatten, sind verhaftet worden. Uebrigens sind fortwährend die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen. Das Verhörslokal, die Wohnung der Richter und die beiden Thürme, worin sich die Gefangenen befinden, werden von den Truppen bewacht; während der Nacht durchziehen Patrouillen die Stadt. Für Stenographen wird im Sitzungszimmer eine große Tribüne eingerichtet, wie denn überhaupt Vorkehrungen zur Aufnahme eines großen Zuhörerpublikums getroffen sind. Raspail wird, wie man vernimmt, den Kompetenzkonflikt erheben; Napoleon Chancel, einer der Angeklagten, welcher bisher abwesend war, hat sich gestern gestellt. Die Geschwornen klagen inzwischen über die Kalifornischen Preise, welche die Einwohner von Bourges eingeführt haben. Eine große Anzahl von Abgeordneten, welche als Zeugen vorgeladen sind, wurde erwartet, darunter Etienne Arago, Taschereau, Flocon, Degousée, Lamartine, Francois Arago, Recourt, Marrast, Duprat.

— Im nächsten Monat sollen, wie es heißt, die Wagen und Pferdegeschirre, sowie die in den Gestüten von Meudon und Versailles befindlichen Pferde, die Louis Philipp gehörten, verkauft werden.

— Dieser Tage hat die Regierung dem Wiener Kabinet eine Note zugeschickt, worin sie gegen das Verfahren der Oesterreicher in Ferrara protestirt; nicht hinsichtlich des Einfalls überhaupt, auch nicht hinsichtlich der der Stadt auferlegten Geldlasten und mitgenommenen Geißeln, sondern gegen die erzwungene Aufpflanzung des päpstlichen Wappens auf den öffentlichen Gebäuden. Das Französische Kabinet sieht in diesem Akt eine Art Intervention in die innern Angelegenheiten des Kirchenstaates, wozu sie Oesterreich das Recht bestreitet. Die Note besagt übrigens ausdrücklich, Frankreich wünsche eben so sehr als irgend eine andere katholische Macht, den Papst wieder in seine weltliche Souveränetät eingesetzt zu sehen, wenn aber dieser Wunsch der katholischen Welt durch eine bewaffnete Intervention verwirklicht werden müßte, so könnte diese nur im Einverständniß aller Großmächte und unter Mitwirkung aller katholischen Mächte geschehen, nie aber werde Frankreich zugeben, daß ohne seine Einwilligung irgend eine Macht allein diese Mission übernehme.

— Der heutige Charivari enthält eine Karrikatur mit folgender Unterschrift, die wie eine Antwort auf das Notifikationsschreiben des Kaisers von Oesterreich über die Geburt einer Prinzessin aussieht: „Die Republik hat die Ehre, Sie von dem schmerzlichen Verlust ihrer ältesten Tochter, der Nationalversammlung, zu benachrichtigen, welche ihr in dem Alter von einem Jahr, trotz einer ausgezeichneten Konstitution entrissen worden ist. Ihre zahlreichen Freunde sind gebeten, sich zur Vermeidung von Unordnungen vor dem Sterbehaus nicht zu versammeln."

— Die Volksbank Proudhon's hat schon einen Konkurrenten an einem Bankplane erhalten, den Hr. de Bonnard, Präsident des Clubs der Brüderlichkeit, veröffentlicht hat. Er läßt für eine Aktien-Commanditegesellschaft unterzeichnen, welche den Titel „Allgemeine und brüderliche Association der Erzeugung und des Verbrauchs" führen und deren Gesellschaftsfonds aus 20 Millionen in Aktien von 5—1000 Fr. bestehen soll. — In dem Auditorium des Professors Michelet kam es gestern, wie schon mehrmals, zu lärmenden Excessen, die beinahe zum Handgemenge geführt hätten.

— Die Post aus Rom vom 25. und 26. Februar ist ausgeblieben. Dagegen hat man Nachrichten aus Venedig von jenem Datum, laut welchem der General Pepe dem österreichischen Gouvernement unter Radetzky habe die Erklärung zugehen lassen, er werde sechsundsechzig der angesehensten Kriegsgefangenen erschießen lassen, falls man die von der Stadt Ferrara erpreßten Geldsummen nicht zurückzahle. Aus mehreren anderen italienischen Städten wird über die Festlichkeiten berichtet, welche am 24. Februar zu Ehren der französischen Februar-Revolution stattfanden.

Großbritanien und Irland.

London, den 5. März. In der Sitzung des Unterhauses interpellirte Herr Hume Lord J. Russell über die Indische Frage. Nach den letzten Nachrichten könne der Zustand Indiens nicht länger ein Gegenstand der Gleichgültigkeit sein, und er frage: ob J. Maj. Minister Maßregeln getroffen hätten, der Armee in Indien eine Führung zu geben, die Vertrauen erwecke und sichere Erfolge erziele. Lord J. Russel erwiederte: die Lage Indiens sei ein Gegenstand des tiefsten Interesses, und die Minister hätten der Königin Vorschläge gemacht, von denen sie entsprechende Erfolge erwarten dürften; sobald die Antwort von J. Maj. eingegangen, werde er sich beeilen, dieselben dem Hause mitzutheilen. Diese Erklärung wird mit dem größten Beifall aufgenommen. Hierauf konstituirte sich das Haus zum Komitee, um das Irländische Armengesetz zu berathen. Herr Osborne erklärte sich entschieden gegen das von den Ministern eingebrachte

Gesetz. Was solle geschehen, wenn dieser Beitrag erschöpft sei? Man solle diejenigen besteuern, die im Stande seien zu geben, und noch nicht gegeben, die Kapitalisten, und solle das ländliche Eigenthum von den Beschränkungen befreien, unter denen es seufze. Sir Robert Peel hält die Hülfe, welche Irland gewähren kann, nicht für ausreichend; das Allgemeine möchte hier Beistand leisten. Doch sei es vor allen Dingen nöthig, die Aufmerksamkeit auf die Zukunft des Landes zu richten. Almosen besserten die Sache nicht; wenn blos Almosen gespendet würden, würde Irland nach zwei Jahren noch in derselben Lage sein wie jetzt. Er glaube, das einzige Mittel, in Irland einen bessern Zustand herzustellen, bestehe darin, neue Eigenthümer zu schaffen, die das Eigenthum frei von seinen jetzigen Einschränkungen überkämen und in Folge dessen die Einführung eines neuen Kapitals möglich zu machen. Ihm trat Herr Blackall bei; doch wollte er, daß bis dahin, wo diese Einrichtungen ins Leben träten, Irland allein die Unterstützung beschaffe, und zwar, wie er amendirend beantragte, 6 Pence von einem Pfund, sobald das jährliche Einkommen über 150 Pfund betrage. Herr Brown unterstützte den Vorschlag der Regierung und erbot sich, zu beweisen, daß Irland nicht ein Gläubiger an England für 60 Millionen Pfd., sondern ein Schuldner von 200 Millionen Pfd. sei. Herr Brooke schob alles Elend in Irland der jetzigen und der früheren Regierung in die Schuhe; auch die Landeigenthümer beschuldigte er; diese Letzteren müßten die Taxe tragen. Ihm stimmte Sir George Grey bei, der zugleich auch den Auseinandersetzungen Peel's seinen Beifall zollte.

— Der jetzige Befehlshaber der Britischen Flotte im Mittelmeer, Vice-Admiral Sir W. Parker, dessen Dienstzeit abgelaufen war, ist auf drei Jahre in seinem Kommando bestätigt worden.

— In Ostindien stehen jetzt 27 Britische Regimenter, worunter 5 Kavallerie-Regimenter; sie zählen zusammen 25,446 Mann. Unterweges sind noch 3 Infanterie-Regimenter von je 1131 Mann.

— Im Oberhause entspann sich eine Debatte über die sizilianischen Angelegenheiten. Lord Stanley griff die Regierung wegen Verkaufs von Waffen an die Insurgenten an, weil sie einem englischen Lieferanten Autorisation ertheilt habe, die Zeughäuser zu diesem Zweck zu benutzen. Nachdem Marquis von Lansdowne einige Aufschlüsse darüber gegeben, sprach Lord Ellenborough die Ansicht aus, daß England den Sizilianern moralischen Beistand schuldig sei, weil es die Konstitution von 1812 garantirt habe. Graf Aberdeen dagegen erklärte sich für die strengste Neutralität, eben so der Herzog von Wellington, der sich auf die Wiener Verträge und die daraus hervorgehende Union Neapels und Siziliens berief, durch welche England gebunden sei, wenn auch nicht verpflichtet, zu deren Aufrechthaltung anzuhalten. Beim Abgange der Post sprach Lord Minto.

London, den 6. März. Der Globe meldet: „Wir vernehmen, daß die indische Post morgen nicht abreisen wird; sie wird wahrscheinlich nicht vor dem Freitag abgehen. „„Sir Charles Napier ist zum kommandirenden General in Indien ernannt worden; seine Ernennung wartet nur noch auf die Bestätigung der Königin."" Derselbe wird sich ohne Verzug nach dem Schauplatz des Krieges begeben. Das 75. und 87. Regiment werden gleichfalls sofort nach Indien abgehen.

Die englischen Blätter sind noch immer voll von Erörterungen über die Kriegsereignisse in Pendschab. Lord Gough erfährt je länger je mehr das schärfste Urtheil. Von Napiers Ernennung hofft man das Beste. Die Times triumphirt, wenn auch nicht mit lauten Worten, daß ihre gestrigen Rathschläge so schnelle Berücksichtigung gefunden. Da Napier sofort abgeht, so hofft man, daß derselbe den Krieg noch werde aufnehmen können, bevor die heiße Jahreszeit eingetreten.

Italien.

Rom, den 25. Februar. Alle Gerüchte stimmen dahin überein, daß Se. Heiligkeit am heutigen Tage sich zu Gaeta einschiffen werde; schon seit mehreren Tagen harret seiner daselbst ein Dampfschiff. Die Reise geht allgemeiner Vermuthung zufolge nach den Balearischen Inseln.

Der A. Z. wird aus Rom vom 26. Febr. geschrieben, daß die dortigen Konsuln unter keiner Bedingung ihre Nationalwappen herunternehmen werden, daß die gegen die römische Grenze gerichteten neapolitanischen Truppen ihre Bewegungen vollbracht haben, und nach verschiedenen Anzeichen die militärischen Operationen am 26. beginnen sollten. Das Heer giebt man auf 22,000 Mann an; es stehe bei Terracina, in der Gegend zwischen S. Germano und Ceprano, und bei Rieti.

— Jeden Augenblick hofft man hier auf Nachrichten von dem Zusammenstoße der bei Terracina aufgestelltn Römischen Truppen mit den Neapolitanern. Die über den Po zurückgezogenen Oesterreicher bedrohen aufs neue die Provinz Ravenna. Die Familie Pius' IX. hat einstweilen Sinigaglia verlassen, um den Neckereien und Beschimpfungen der republikanischen Partei zu entgehen. Laut der „Constituente" hat das römische Ministerium der Nationalversammlung in geheimer Sitzung mitgetheilt, daß die Intervention gegen Rom zwischen Oesterreich, Spanien und Neapel beschlossen sei; Frankreich hatte sich bisher noch nicht bestimmt erklärt. Die Inquisitionsgefängnisse sind geöffnet und die noch darin sitzenden Gefangenen freigelassen worden.

Florenz, den 25. Februar. Man hat gestern zwei höchst bezeichnende Dekrete veröffentlicht, welche der schlimmsten Zeit der ersten Französischen Republik und der schlimmsten Beispiele, welche diese der Nachwelt hinterlassen hat, würdig sind. Eines dieser Dekrete befiehlt allen Bürgern, welche sich von Florenz entfernt haben, um sich aufs Land zu begeben, binnen drei Tagen wieder in der Stadt einzutreffen, mit der Androhung von Geldstrafen, welche nach dem muthmaßlichen Vermögen der Abwesenden geregelt werden sollen. Von hier bis zur Emigrantenliste und zum Verkaufe ihrer Güter als Nationalgüter wäre dann keine große Entfernung, wenn nicht das öffentliche Gewissen, obgleich es sich noch nicht offen durch Handlungen zeigt, ein wenig die Kühnheit unserer kleinen Tyrannen erschreckte. Das andere Dekret setzt Kriegsgerichte ein, um diejenigen zu richten, welche sich reaktionairer Versuche schuldig machen. Diese Gerichte sind einfach Revolutionstribunale, welche auf die Aussage der Angeber nach Gutdünken über die Sicherheit und das Leben aller Bürger verfügen, die im Verdachte stehen, die Form und die Handlungen einer Regierung nicht genug zu lieben, welche eine kühnere Minorität Toscana auferlegt hat. Man kündigt fort, während für den 5. März die Wahlen zu einer Versammlung an, welche berufen werden soll, die Form der definitiven Regierung für Toscana festzusetzen.'

Gaeta, den 25. Febr. Der Cardinal Antonelli hat, Namens des Papstes, unter dem 19. d. M., allen hier weilenden Mitgliedern des diplomatischen Corps eine Verwahrung gegen die, durch die römische Nationalversammlung verfügte Confiskation der geistlichen Güter übersandt. Das Aktenstück soll namentlich die etwanigen auswärtigen Käufer warnen, da, nach des Papstes Ansicht, die desfallsigen Kaufverträge im Voraus nichtig seien und unter keinem Vorwande geltend gemacht werden können! Als Grund hierfür wird angegeben, daß die Güter der Kirche gehörten und nur von Räuber verhandelt würden! — Der englische Gesandte in Neapel soll übrigens gegen jede zu Gunsten des Papstes eintretende Intervention Protest eingelegt haben.

Kammer-Verhandlungen.

Fünfte Sitzung der Ersten Kammer vom 10. März.
Anfang 10 Uhr. Präsident v. Auerswald.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und ohne erhebliche Erinnerung angenommen. Die Ministerbank ist nicht besetzt. Der Präsident zeigt die Neuwahl des Abgeordneten Seger (Samter-Buk) und des Abgeordneten General Kanitz (Krossen-Guben) an. Auf einen Antrag des Präsidenten und mehrerer Abgeordneten der ersten Kammer auf Erweiterung der Portofreiheit für die Korrespondenz der Versammlung geschieht eine schriftliche Mittheilung des Handelsministers, wodurch im Allgemeinen die beantragte Erweiterung nicht gestattet, jedoch zugestanden wird, daß die unter Vermittelung des Präsidenten zur Post gegebenen Sendungen der Abgeordneten portofrei befördert werden sollen. In den Motiven, welche der Minister seiner Antwort hinzufügt, weist derselbe auf den vielfachen Mißbrauch hin, welcher bisher mit einer unbedingten Portofreiheit getrieben worden. Namentlich seien in dieser Weise in der letzten Zeit auch Flugschriften und Plakate, welche zur Unzufriedenheit gegen die Regierung aufforderten, in den Provinzen verbreitet worden. Die Erfahrung von Frankreich, Belgien, Baden, Würtemberg und die Last, welche der Staatskasse anheimfalle, rechtfertigten die Beschränkung der Portofreiheit auf die gewöhnliche Korrespondenz der Abgeordneten.

Auf der Ministerbank nehmen jetzt Graf Brandenburg, v. Ladenberg, v. Strotha und Raabe Platz, der Ministerpräsident und der Kriegs-Minister in Generals-Uniform.

Die Versammlung schreitet zur Tagesordnung, d. i. zur Berathung des Adreß-Entwurfes.

Abgeordneter Walther (Referent) Die Art, wie die Kommission zu Werke ging, war folgende. Zuerst wurde über die Thronrede diskutirt und jeder Abschnitt einer Prüfung unterworfen, sodann die Anwesenheit der Minister erbeten und die Antwort entworfen. Kürze des Ausdrucks sollte beobachtet werden — um so mehr, als darin kein Manifest an das Land enthalten sein sollte. Außerdem suchte der Ausschuß möglichst Ruhe und Einfachheit zu erstreben, da es auch besser schien, wenn die Kammer sich für stärkere Ausdrücke entschied, als wenn der Ausschuß ihren Gefühlen vorgriff. Zum Schluß noch ein Wort. In England wird die Adresse wenige Stunden nach den Thronrede vollendet, ohne Amendements, wenn der Entwurf nur der Ausdruck der Mehrheit wiedergiebt. Die Engländer zeigen durch diese Rücksicht auf Zeit-Ersparniß ihren einfachen, praktischen Sinn. In Frankreich verwendet man auf die Adresse Wochen und Monate.

(Der Abgeordnete verliest hierauf den bekannten Entwurf.)

Abgeordneter Stahl. Wenn ich Allgemeines zu sagen habe, so bezieht es sich auf den Charakter, welcher durch die ganze Adresse hindurchgeht — ihre Farblosigkeit. Ich stimme dem Referenten darin bei, daß die englische Weise vor der französischen den Vorzug hat. Bei uns sind die Verhältnisse aber andere als in England. Das Land erwartet von uns nicht blos organische Gesetze, sondern es bedarf auch moralischer Eindrücke, der Herstellung des obrigkeitlichen Ansehens. Großes geschah. Das Land ward von dem Rande des Abgrundes gerettet. Das Verdienst der Männer, welche diese That vollbrachten, ist zu bedeutend, als daß sie nicht einer lebhaften Anerkennung bedürften.

Ich vermisse endlich eine Kundgebung auch in der deutschen Frage, zu Gunsten des Rechtsbodens, der bestehenden Macht. Es ist ein unglückliches Verhängniß, daß revolutionaire Antriebe und die nationale Erhebung zusammenfielen. Auch die Frankfurter Beschlüsse, ich kann es nicht läugnen, sind unter dem Einfluß beider Motive zu Stande gekommen. Uebersehen ist oft das Gewicht der preußischen Krone und ihre Redlichkeit. Ich vermisse eine entschiedene Manifestation zu Gunsten der Autorität, der Ordnung und der bestehenden Macht. (Beifall rechts.)

Der Präsident läßt hierauf einen soeben eingereichten Verbesserungsantrag, welcher besonders Gewicht auf die Anerkennung der Verfassung legend, dem Vortrage Stahls entspricht und von Stahl, Brüggemann, Dieterici, Schmückert, Eichmann, Beer, Witzleben, York u. A. unterzeichnet ist, dazu Unteranträge von Vincke, Borries, Jordan, Eichmann u. A.

Man geht jetzt zur Berathung über die einzelnen Theile der Adresse über. Eine außerordentlich große Anzahl von Abgeordneten sucht den Vorrang in der Einzeichnung auf der Rednerliste zu gewinnen. Der Schriftführer verliest zunächst einen Abänderungsvorschlag von Tepper zu Absatz 1—3, der jedoch sogleich zurückgezogen wird.

Es bleibt danach zu dem Eingangssatze des Entwurfes nur folgender Abänderungsvorschlag von Maurach und Gräff:

Die Hohe Kammer wolle beschließen, in Stelle des Eingangssatzes und zwar von den Worten „die Mitglieder" bis zu den Worten „gerichtet haben" — folgende Worte in die Adresse aufzunehmen:

„Die Mitglieder der ersten Kammer haben mit ehrerbietigem Vertrauen die Worte vernommen, welche Ew. Majestät am 26. Februar an die um den Thron versammelten Vertreter des Volks gerichtet haben."

Bei der Unterstützungsfrage erheben sich mehr als 15 Mitglieder.

Abgeordneter Brüggemann spricht in etwas salbungsvoller Weise doch ohne geradezu darzulegen, was er eigentlich meine.

Abgeordneter Hansemann: Ich habe nie der Gewalt geschmeichelt, aber ich habe stets Ehrfurcht vor dem absoluten König gehabt, ich habe noch mehr Ehrfurcht vor dem konstitutionellen König und nehme keinen Anstand, für den Ausdruck der Adresse zu stimmen.

Abgeordneter Kuh: Der Grund, weshalb statt des Ausdruckes Ehrfurcht, der Ausdruck Ehrerbietung gewählt wurde, ist der, daß Ehrfurcht der Ausdruck für die höchste Achtung gegen Gott zu sein schien. Nur deshalb ist der Verbesserungsantrag gestellt.

Abgeordneter Bornemann beantragt den Schluß der Berathung. Der Schluß wurde angenommen und es wird über den Antrag abgestimmt. Es erhebt sich für denselben nur eine geringe Minderheit, und der Wortlaut des Entwurfes wird mit sehr überwiegender Mehrheit angenommen.

Zu Satz 2 und 3 des Entwurfes sind folgende Verbesserungsanträge gestellt:

„Die Kammer wolle beschließen, statt der bezeichneten Stelle, Folgendes in der Adresse aufzunehmen:

Berufen zur Revision der Verfassung vom 5. Dezember v. J. werden wir dieselbe nach den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes und im Geiste der ihm gegebenen Verheißungen sorgfältig prüfen. Unsere Zuversicht, bei dieser Aufgabe zur baldigen Verständigung mit der zweiten Kammer und mit Ew. Majestät Regierung zu gelangen, ist um so größer, je wichtiger es uns Allen erscheinen muß, das Land so schnell als möglich der vollen Befriedigung und Sicherheit theilhaftig zu machen, welche an die Vollendung dieser Revision geknüpft sind.

Berlin, den 8. März 1849.

Sperling. Fischer. Zenker. Lefevre. Bracht. Kettner. Gräff. Büttler. Naffauf. P. Szumann. Hidding. v. Forkenbeck. Dr. Buslaw. A. v. Brodowski. Pilaski. Käuffel. Maurach. Quadflieg. Alff. Lutterkorth.

Die Kammer wolle beschließen, daß dieser Absatz dahin geändert werde:

Die Verfassung vom 5. Dezember v. J., auf deren Grund wir gewählt und berufen sind, erkennen wir als die zu Recht bestehende Grundlage unseres Staatsrechts an und gewahren mit Dank, daß durch Verleihung der Verfassung das Vaterland vor drohender Zerrüttung bewahrt und ein fester öffentlicher Rechtszustand wieder hergestellt worden ist.

In der seitdem eingetretenen ruhigeren Stimmung des Landes, in der Wiederkehr des früher so tief erschütterten Vertrauens und in der beginnenden Belebung des Handels und der Gewerbe erblicken wir mit Freude eine Wirkung jener das Vaterland rettenden Maßregel und eine Gewähr der Hoffnungen, welche sich an dieselbe für die Gestaltung des öffentlichen Lebens und alle Zweige der Wohlfahrt knüpfen.

Berlin, den 8. März 1849.

v. Jordan. Hülsmann. J. vom Rath. v. Bockum-Dolffs. Peguilhen. Brauns. Keferstein. Striese. v. Frantzius. de Dio. Fritzsch. Heffter.

Abgeordneter Sperling: In dem zweiten Satze des Entwurfes sprechen wir von unsrer eignen Person. Wir sind nicht gewählt auf Grund der Verfassung, sondern auf Grund des Wahlgesetzes. Immerhin mögen wir die Verfassung als Produkt einer Nothwendigkeit hinnehmen, unmöglich aber ist dadurch ein Rechtsboden geschaffen und konnte unsre Stimmung, als die Vereinbarung aufgegeben wurde, eine „freudige" sein. Es ist sodann die Rede von Hebung des Verkehrs. Ich komme aus einer Provinz, wo ich davon nichts bemerkt habe. Wir können nur Hoffnungen aussprechen oder wenn wir nichts Bestimmteres vermögen, lieber schweigend darüber hinweggehen. Ich bin endlich mit denjenigen einverstanden, welche bestrebt sind, die Ruhe des Landes herzustellen. Dies geschieht aber nicht durch Worte, sondern nur dadurch, daß wir die Rechte des Volkes und die Rechte der Krone fest bestimmen. Was hilft es uns, wenn die Regierung einseitig Verordnungen über die wichtigsten Angelegenheiten erlassen kann, und wenn das Recht der Steuerverweigerung thatsächlich vernichtet ist. Deßhalb dürfen wir nicht so unbedingt die Endgültigkeit der Verfassung anerkennen. Das Volk hat sie freilich anerkannt durch seine Wahl, aber nur unter Vorbehalt der Revision. (Beifall links.) Oft schon hat man in dieser Kammer erklärt, daß wir Vertreter des Volkes seien. Lassen Sie uns das Volk in Wahrheit vertreten und seine Rechte nicht voreilig durch Anerkennung der Verfassung in Frage stellen.

Abgeordneter Baumstark fühlt sich gedrungen, dem Vorredner zu begegnen. Wir sind auf Grund der Verfassung berufen, weil das Wahlgesetz für eine erste Kammer gegeben wurde, die erst durch die Verfassung eingeführt waed. Dabei bleibe ich: die Verfassung des 5. Dezember muß anerkannt werden. Die Verfassung ist wesentlich ein Werk der National-Versammlung. Ein Unglück, daß die Geburt so schwer ward. Sie ist durch einen Königsschnitt möglich geworden, sie wird auch noch zu einem Kaiserschnitt führen. Das Volk ist der Revolution müde, das Volk will feste gesetzliche Zustände, ein starkes, konstitutionelles Königthum der Hohenzollern. Was man auch sagen mag, die Oktroyirung war eine Notwendigkeit. Was einst Agamemnon dem Achilles zurief: meine Sache ist der Zank und der Streit und der Kampf — das war auch das Uebel der Nationalversammlung. Die Schuld trägt, wer anfing. Blicken wir hinaus in unsern Staat — die Gerechtigkeit lag darnieder, die Finanzen schwankten, die Bande der Familie waren auf eine scheußliche Weise gelockert, das Eigenthum überall gefährdet. Wen wir unsere Staatszustände so charakterisiren müssen, so werden wir bekennen, daß die Oktroyirung eine Nothwendigkeit war. Erkennen Sie die Verfassung an, gehen Sie auf die Revision ein, so erfüllen wir unsere Pflicht, die Rechte des Volkes zu wahren. Endlich, meine Herren, noch ein Wort, welches mir jetzt aus der Fülle meines Herzens eingegeben wird. Es ist nicht eine gewöhnliche Zeit, in der wir uns befinden. Verwerfen Sie die Verfassung, so stellen Sie Preußen, Deutschland in Frage. Das verhüte Gott zum Heile des Vaterlandes! (Beifall.)

Abgeordneter Fischer: Der einzige Boden, auf dem wir stehen können, ist der Boden des Rechts. Wir wollen das Recht des Einzelnen, wie das Recht des Volkes, das Recht jedes Standes wie des ganzen Landes und damit auch der Krone schützen. Wir geben uns selbst den Todesstoß, wenn wir die Verfassung anerkennen. Freilich wäre dieser Weg des Rechts ein weitläuftiger gewesen. Aber die Revision kann die Vereinbarung nicht ersetzen. Ich erkenne freilich das Gewicht der Fakta. Unser Erscheinen hier ist ein Faktum, auch die Revision. Sie dürfen revidiren, aber nicht annehmen. Wir müssen dem Volke den Beweis geben, daß wir den Rechtsboden wahren mit Selbstverleugnung. Weder ablehnen, noch annehmen — wir dürfen Beides nicht. Ich stimme für den Sperling'schen Antrag aus konservativen, royalistischen, vaterländischen Gründen. An dem Vertrauen des Volkes ist Alles gelegen, wir mögen hier oder dort sitzen.

Abgeordneter Milde: Als Mitglied der National-Versammlung bekenne ich, daß die Oktroyirung nothwendig und das Wahlgesetz vom 8. April erledigt war. Ich für meinen Theil weiß es der Regierung Dank, daß sie die Verfassung verliehen hat. Mag sie einzelne Mängel enthalten, so giebt sie doch dem Volke Rechte, wie kaum ein anderes Grundgesetz. Aber ich hätte gewünscht, daß wir diesen prinzipiellen Streit gelassen hätten bis zu dem Augenblick, wo wir auf die Revision der Verfassung eingehen werden. Vergessen wir nicht die Eintracht, die für die Kraft des Vaterlandes nöthig ist.

Abgeordneter Zenker: Durch das Wahlgesetz vom 6. April ist die gesetzgebende Gewalt zwischen Volk und Krone getheilt worden. Dieser Grundsatz ist durch die Oktroyirung verletzt. Das muß in staatsrechtlicher Beziehung gesagt werden. Ich begreife nicht, wie man noch immer auf die Anerkennung der Verfassung zurückkommen kann. Es ist behauptet worden, daß die Verfassung als durch die Vereinbarung entstanden betrachtet werden könne. Ich glaube, daß die National-Versammlung bei mancher Bestimmung ihre Vaterschaft verleugnen möchte. Erst wenn wir unsere Zustimmung gegeben haben, ist die Verfassung als rechtsgültig zu betrachten.

Abgeordneter Graf Helldorf. Ich erkläre mich gegen den Antrag des Abgeordneten Sperling. Uebersetze ich mir diesen Antrag in gutes Deutsch, so wird damit gesagt, daß wir wieder in die Zustände des vorigen Sommers uns zurück begeben und da wieder anfangen wollen, wo wir im November aufgehört haben.

Aber, so weit ich das Land kenne, so scheut sich ein Jeder vor dem Provisorium und Niemand will wieder dahin zurückkehren.

Abgeordneter Graeff: Ich verwahre mich im Namen der Antragsteller gegen die Vermuthung, als wollten wir anarchische Zustände herbeiführen. Gehen Sie in Ihren Ansichten nicht zu weit. Bleiben Sie einfach stehen bei der Anerkennung der Verfassung und loben Sie nicht diejenigen, welche sie verliehen haben. Nicht das ganze Volk ist mit Ihnen einverstanden. Diejenigen, die mich wählten, erkennen die Verfassung nicht an. Die erste Kammer ist ein neues Element, sie ist geschoben zwischen die Krone und die Volksvertretung (heftiges Murren), eine Versammlung, welche nicht vom Volke gewählt ist (Ordnungsruf der Versammlung).

Präsident. Auch unsere Kammer ist eine Volksvertretung, und ich nehme an, daß der Redner dies nicht in Frage gestellt hat

Der Abgeordnete Graeff wiederholt seinen Ausspruch, was ihm einen zweiten Ordnungsruf zuzieht.

Hansemann. Wir haben uns hier stets des konstitutionellen Gebrauchs bedient. Von dem Vorredner ist aber mehrmals die Krone der Kammer gegenübergestellt. Wir unsererseits pflegen nur von dem Ministerium und der Regierung zu sprechen.

Abgeordneter Bergmann. Wer die Wahl angenommen hat, ist hier erschienen auf Grund der Verfassung. Die Verfassung ist aber auch mehr als eine Thatsache, sie ist ein Gesetz. Wer sie heute blo als eine vollendete Thatsache anerkennen will, der kann morgen auch di Anarchie und übermorgen den Absolutismus als vollendete Thatsache anerkennen. (Beifall.) Es bleibt also nur übrig, die Verfassung als die Grundlage unsres Staatsrechts zu betrachten. Ob sie in allen ihren Bestimmungen gut ist, fällt unserer Revision anheim. Die Revolution tritt ein, wenn es gilt, den Staat aus unmöglichen Zuständen zu retten. Daß diese Unmöglichkeiten vorhanden, daß es eine Nothwendigkeit gab, weche zu ihrem Akte zwang, das muß sie beweisen nicht nur durch den Erlaß ihres Aktes, sondern auch durch den Inhalt. Ich enthalte mich, die äußere Nothwendigkeit zu berühren. Nur das erwähne ich, daß sich die National-Versammlung nicht per majora aussprechen konnte, daß sie nicht unfrei sei. Wer war die Macht, welche der Nation gegenüber trat? Die 20,000 Soldaten, welche in Berlin einrückten? In Berlin waren ja allein 20,000 Bürgerwehrmänner und die Nation enthielt eine halbe Million waffengeübter Männer. War da Gewalt möglich, wenn die Nation auf Seiten seiner Vertreter stand? Lebten nicht noch die Männer von der Katzbach, von Kulm, Leipzig und Paris? Eine schmähliche Feigheit wäre es gewesen, wenn das Volk für die National-Versammlung fühlte und nicht entschlossen war, für sie den letzten Blutstropfen hinzugeben.

Niederträchtig ist die Nation, die nicht ihr Alles daran setzt, ihre Ehre zu wahren. — Die Auflösung der National-Versammlung existirte also und die Krone hatte sie nur auszusprechen. Was sodann den Inhalt der Verfassung betrifft, so sind die wesentlichen Verheißungen des März gewahrt. Alles Uebrige mag die Revision vollenden — weil damit die Krone dem verletzten Rechtsgefühle des Volkes Rechnung getragen hat. Deshalb hat die Kommission von einer freudigen Anerkennung der Verfassung gesprochen.

Abgeordneter Bornemann beantragt den Schluß der Berathun Der Schluß wird abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag auf Vertagun angenommen und die Sitzung um 2½ Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr.

Theater.

Das Maltitz'sche Lustspiel „Fürst, Minister und Bürger," womit Herr Vogt am Sonntage die Bühne eröffnete, ist zwar vor dem Auge des Kritikers nicht stichhaltig, indem es weder richtig gezeichnete Charaktere, noch lebenswahre Situationen uns vorführt, vielmehr überall ins Gebiet der Posse, die eben keine strenge Gehaltenheit verlangt, überschlägt; indessen weht in demselben doch ein so frisches Leben und es ist so reich an scharfen Spitzen und zeitgemäßen Pointen, daß ein allgemeiner Beifall ihm nicht füglich entgehen kann. Diesen fand es denn auch in dem stark besetzten Hause im reichsten Maße, und es ist vorauszusehen, daß das Stück hier noch manche Wiederholung erleben wird. Referent kann auch um so mehr dazu einladen, als die Aufführung eine im Allgemeinen recht gelungene genannt zu werden verdient, wenn gleich von mehreren Mitgliedern die ästhetische Linie ein wenig überschritten wurde. Den „Fürsten" gab Herr Merbitz, ein junger, hübscher Mann, dem es keineswegs an Talent zu fehlen scheint, der aber doch noch ein wenig zu steif auftrat. Diesen Fehler vermied Herr Echten als „Baron Hutten," der eine große Theaterroutine und zugleich ein ungemeines Darstellungstalent an den Tag legte, auch in seiner Maske den etwas verlebten Roué vortrefflich repräsentirte. Gleiches Lob müssen wir Herrn Deetz als „Advokat Herrmann" zollen, der mit Einsicht und ansprechender Gewandtheit spielte, und an dem wir nur das etwas rauhe Organ, so wie in der Scene mit dem Fürsten — einer Art Marquis Posa-Scene in verjüngtem Maßstabe — die hier ungehörige starke Gestikulation zu tadeln wüßten. Der „Spürling" des Herrn Bursche war ein ergötzliches, in einzelnen Zügen trefflich gehaltenes, in andern aber stark outrirtes Bild, das seinen Zweck, Lachen zu erregen, nicht verfehlte. Die wackern Leistungen der Herrn Karsten und Fischer, von denen sterer den „Minister" und letzterer den „Oberkellner" gab, sind hier hinlänglich bekannt, und können somit für diesmal übergangen werden; dagegen müssen wir noch des Fr. Haller als „Marie" erwähnen, die nicht ohne Gewandheit, aber mit etwas zu viel mimischem Autwande spielte. Leider geht Hrn. v. Maltitz die Fähigkeit, weibliche Figuren zu zeichnen, ganz ab, und darum ist auch die sentimentale Scene mit dem Advokaten die verfehlteste im ganzen Stück. Unter solchen Umständen dürfte es gewagt sein, über die Leistungsfähigkeit der Darstellerin ein bestimmtes Urtheil zu fällen. — Dasselbe gilt von Frl. Zweidorf in der Proberolle „Emiliens Herzklopfen," die jedoch vom Publikum mit Beifall belohnt wurde. Ueber beide muß Referent sich sein Urtheil noch vorbehalten. G.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

(Verspätet.)

Der Unfug, der seit dem Abmarsch des Militairs hier stattfindet, veranlaßt die Deutschen Bewohner der Stadt Wreschen folgende Thatsachen öffentlich bekannt zu machen, und zugleich um Schutz vor fernerm Unfug zu bitten:

Donnerstag, als den 1. d. M., durchlief eine Anzahl Polnischer Jungen, die Polnische Fahne tragend, auf Veranlassung mehrerer namhafter Polnischer Bürger, die Straßen der Stadt unter dem Ausrufe polska żyje, warfen mit Steinen nach den ihnen Begegnenden, welches die durch einen Steinwurf am Fuße verletzte Frau des jüdischen Einwohners Isaac Blum bezeugen kann. Der Bürgermeister schickte, um diesen Unfug zu steuern, den Stadtwachtmeister, die Jungen auseinander zu treiben, wurde aber von den obengedachten Bürgern überfallen, und mit Stockprügeln traktirt, wodurch die Jungen in ihrer Ausgelassenheit bestärkt, lärmend und polska żyje rufend, die Straßen durchkreuzten. — Abends 9½ Uhr erscholl plötzlich die Feuerglocke, und unter Hurraruf verbrannte man an der Einfahrt von Miloslaw, bei den gräßlichsten Sturm, das Preußische, mit Stroh bedeckte Wachthaus. Es wurde aber durch schnell herbeigeeilte Hilfe gelöscht. Nachts 11½ Uhr ging das, an der Warschauer Straße, dicht an der Stadt gelegene Wachthaus, unter dem Rufe do broni, in Feuer auf, das ebenfalls nur durch schnelle Rettung gedämpft ward. Ein drittes Wachthaus, in der Nähe der Scheunen des Polnischen Probstes stehend, ward, da man befürchtete, denselben zu schaden, niedergerissen und weggetragen. In derselben Nacht (12 Uhr) kamen 2 Polnische Bürger zu dem hiesigen jüdischen Kaufman Wolf Siebert, erzwangen von ihm Geld, Branntwein und Tabak, und während derselbe ihnen das Verlangte ohne Weigerung hingab, wurde der Laden von hinten erbrochen. Dergleichen Einbrüche sind aber hier nichts Seltenes, da fast keine Nacht vergeht, in der nicht Diebstähle verübt werden. —

Unter so bewandten Umständen, wo das Eigenthum und das Leben Deutscher Bewohner Wreschen's gefährdet ist, zumal unsere Stadt schon so sehr gelitten hat, daß sie noch lange bluten wird, ehe die ihr geschlagenen Wunden wieder geheilt sind, ist es nicht rathsam die Stadt Wreschen ohne Schutz und Sicherheit zu lassen, und mehrere Hundert Deutsche Bewohner Wreschen's bitten: sie aus der Gefahr, worin sie schweben, recht bald zu befreien.

Markt-Bericht.

Berlin, den 10. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 54—58 Rthlr. Roggen loco 25—26½ Rthlr., p. Frühjahr 82pfünd. 24½ Rthlr. bez. u. Br., 24¼ G. Mai/Juni 25¼ a 25 Rthlr. Juni/Juli 26½ a 26 Rthlr. Juli/August 27 a 26½ Rthlr. Gerste, große loco 23—25 Rthlr., kleine 18—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14—15 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. 13¾ Rthlr. Br. Erbsen, Kochwaare 28—29 Rthlr., Futterwaare 26—27 Rthlr. Rüböl loco 13¾ Rtlr. Br., 13⅔ bez., pr. März 13¾ a 13⅔ Rthlr. März/April dto. April/Mai 13¾ Rthlr. bez. u. Br., 13⅔ G. Mai/Juni 13⅔ Rthlr. Br., 13½ G. Juni/Juli 13 7/12 Rthlr. Br., 13½ bez. Juli/August 13 5/12 Rthlr. Br., 13⅓ G. August/Septb. 13¼ Rthlr. Br., 13⅙ G. Sept./Oktober 12¾ Rthlr. bez. u. Br. Leinöl loco 10⅝ Rthlr. Br., Lief. pr. April/Mai 10½ a 10 Rthlr. Mohnöl 19 Rtlr., Lief. 18½. Hanföl 13 Rthlr., Lief. 12½. Palmöl 13½ Rthlr. Südsee-Thran 11⅓ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß 14⅞ Rthlr. verk., pr. März 15 Rthlr. Br., pr. Frühj. 15 5/12 a 15 Rthlr. verk. Mai/Juni 15⅔ a 15½ Rthlr. Juni/Juli 16¼ Rthlr. Br., 16 bez. u. G.

Posen, den 12. März. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles 12½ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 10. März 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	101⅝	101⅛
Staats-Schuldscheine	3½	79¾	79¼
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	98¾
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	98¼	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	86¼	—
Grossh. Posener "	4	—	96
" "	3½	81½	81
Ostpreussische "	3½	—	90½
Pommersche "	3½	92¼	91¾
Kur- u. Neumärk. "	3½	92⅞	92⅜
Schlesische "	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	87¾	86¾
Friedrichsd'or	—	13 1/12	13 1/24
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12¾	12¼
Disconto	—	—	4½
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	73½
" Prioritäts-	4	87½	—
Berlin-Hamburger	4	—	51
" Prioritäts-	4½	92	91½
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	55	55
" " Prior. A. B.	4	—	83¾
" " "	5	—	95¼
Berlin-Stettiner	4	87	86¼
Cöln-Mindener	3½	—	76¼
" Prioritäts-	4½	93	92½
Magdeburg-Halberstädter	4	—	108⅛
Niederschles.-Märkische	3½	—	71½
" Prioritäts-	4	—	85½
" "	5	—	98½
" " III. Serie	5	94	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	91¾
" " B.	3½	—	91½
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	49¾	49¼
Stargard-Posener	3½	70½	70¼

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

In der Posener Deutschen Zeitung No. 57. wird der hiesige Getreidehändler Elias Slomowski von dem Schiffseigenthümer An. Preuß. auf eine ehrenkränkende Weise angegriffen, ohne auf nähere Angabe des Thatbestandes sich einzulassen. Der unterzeichnete Verein hat sich veranlaßt, da ꝛc. Slomowski Mitglied desselben ist, in diese Angelegenheit näher einzugehen und die betreffenden Partheien nebst Zeugen zu vernehmen. Von den Vorgeladenen erschienen der Kaufmann Slomowski und mehrere Zeugen. Der ꝛc. Preuß war aber bereits abgefahren. Die bis jetzt gestellten Recherchen ergaben das Resultat: daß der ꝛc. Slomowski seinerseits seinen Verpflichtungen gegen Preuß streng nachgekommen. Der ꝛc. Slomowski ist uns in seinem kaufmännischen Wirken als ein reeller Geschäftsmann bekannt und wir müssen demnach, bevor der ꝛc. Preuß durch genügende Beweisführung uns nicht eines Anderen überführt, sein Inserat als eine Verläumdung erklären, um so mehr, als derselbe seinerseits Nichts vornahm, um seine Streitsache unpartheiischem Gutachten zu unterwerfen. In Betreff des ꝛc. Preuß hat der Verein, im Interesse seiner Mitglieder, beschlossen:

daß wenn der ꝛc. Preuß nicht binnen vier Wochen die verlangte Beweisführung uns ertheilt, denselben nie mehr zu befrachten.

Posen, den 10. März 1849.

Der provisorische Ausschuß des Vereins für Produkten-Handel.

Warnung!

Den vier Herren, welche am 8ten d. M. gegen Abend in einem Geschäfts-Lokale einer jungen Dame in Abwesenheit des Prinzipals — ihres Vaters — auf eine verletzende Weise begegneten, wird hiermit in aller Freundschaft angedeutet, sich künftighin, wenn sie namentlich auf einige Bildung Anspruch machen wollen, artiger zu betragen, sonst haben sie zu erwarten, daß man ihnen auf ihre Unbescheidenheit mit Klopstocks Werken antwortet! Ganz besonders aber gilt die letzte Bemerkung dem Einen der beiden Männer von den Juden!

M. N.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 25. Februar bis 3. März.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
4. März	+ 2,0°	+ 6,7°	28 Z. 3,0 L.	W.
5. "	+ 5,0°	+ 7,0°	28 " 2,2 "	W.
6. "	+ 4,2°	+ 7,3°	28 " 3,0 "	W.
7. "	+ 3,5°	+ 11,0°	27 " 9,0 "	NW.
8. "	+ 2,4°	+ 4,5°	27 " 7,6 "	W.
9. "	+ 1,0°	+ 2,2°	27 " 5,2 "	W.
10. "	+ 3,2°	+ 1,3°	27 " 10,0 "	NW.